



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI  
**Bundesamt für Sozialversicherungen BSV**

## **Kreisschreiben über die Schlussbestimmungen der Änderung vom 18. März 2011 des IVG (KSSB)**

Gültig ab 1. Januar 2012

318.507.23. d

11.11

## **Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungen.....	3
Zielsetzung und Begriff.....	4
Rentenüberprüfung.....	4
Anspruch auf Massnahmen der Wiedereingliederung nach Art. 8a Abs. 2 IVG und Weiterlaufen der Rente .....	6
Rahmenbedingungen .....	7

## Abkürzungen

ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes
HWS	Halswirbelsäule
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung
KS	Kreisschreiben
Rz.	Randziffer

## Zielsetzung und Begriff

- 1000 Dieses Kreisschreiben regelt die Überprüfung laufender Renten gemäss Buchstabe a der Schlussbestimmungen der Änderung vom 18. März 2011 des IVG (nachfolgend Schlussbestimmungen).
- 1001 Bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage, wird geprüft, ob eine Erwerbstätigkeit trotz vorhandener Beschwerden aus objektiver Sicht zumutbar ist.
- 1002 Im Besonderen wirken sich die „somatoforme Schmerzstörung“, das „Chronic Fatigue Syndrom“, die „Fibromyalgie“, die „Neurasthenie“, die „dissoziative Sensibilitäts- und Empfindungsstörung“, die „nichtorganische Hypersomnie“ und die „dissoziative Bewegungsstörung“ sowie die Distorsion der HWS (Schleudertrauma) in der Regel ohne psychiatrische Komorbidität nicht auf die Arbeitsfähigkeit aus, das heisst eine Willensanstrengung zur Verwertung der Arbeitsfähigkeit ist zumutbar ([BGE 130 V 352](#), [BGE 132 V 65](#), I 54/04, [I 70/07](#), [9C 903/2007](#), [9C 662/2009](#), [9C 510/2009](#), [9C 871/2010](#)).
- 1003 Störungsbilder, bei denen eine Diagnose anhand klinischer psychiatrischer Untersuchungen klar gestellt werden kann, wie zum Beispiel Depressionen, Schizophrenie, Zwangss-, Angst- und Persönlichkeitsstörungen, zählen nicht zu den gemäss Schlussbestimmungen zu überprüfenden pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern.

## Rentenüberprüfung

- 1004 Im Zuge der Rentenüberprüfung gemäss Schlussbestimmungen ist mit der versicherten Person in jedem Fall ein persönliches Gespräch zu führen. Ist eine Rentenherabsetzung oder -aufhebung absehbar, werden der versicherten Person allfäll-

lige Wiedereingliederungsmassnahmen aufgezeigt und im Weiteren mit ihr geplant.

- 1005 Die Zumutbarkeit einer willentlichen Schmerzüberwindung und eines Wiedereinstiegs in den Arbeitsprozess ist nur dann zu verneinen, wenn eine mitwirkende, psychisch ausgewiesene Komorbidität von erheblicher Schwere, Intensität, Ausprägung und Dauer vorliegt oder aber andere qualifizierte, mit gewisser Intensität und Konstanz vorliegende Kriterien vorhanden sind. So sprechen unter Umständen
- chronische körperliche Begleiterkrankungen und mehrjähriger Krankheitsverlauf bei unveränderter oder progredienter Symptomatik ohne längerfristige Remission;
  - ein ausgewiesener sozialer Rückzug in allen Belangen des Lebens;
  - ein verfestigter, therapeutisch nicht mehr angehbarer innerseelischer Verlauf einer an sich missglückten, psychisch aber entlastenden Konfliktbewältigung (primärer Krankheitsgewinn) oder
  - ein unbefriedigendes Behandlungsergebnis trotz konsequent durchgeführter ambulanter und/oder stationärer Behandlungsbemühungen (auch mit unterschiedlichem therapeutischem Ansatz) und gescheiterte Rehabilitationsmassnahmen bei vorhandener Motivation und Eigenanstrengung der versicherten Person
- für die ausnahmsweise Unüberwindlichkeit der somatoformen Schmerzstörung.
- Das Vorliegen einiger dieser Kriterien reicht allein noch nicht aus, um von einer Unüberwindbarkeit der somatoformen Schmerzstörung auszugehen. Vielmehr müssen diese Kriterien in einem erheblichen Ausmass vorliegen (9C\_959/2009).
- 1006 Ergibt die Überprüfung, dass keine Erwerbsunfähigkeit nach [Art. 7 Abs. 2 ATSG](#) vorliegt, wird die Rente mittels Vorbescheid und Verfügung herabgesetzt oder aufgehoben, auch wenn der der Rentenleistung zugrunde liegende Sachverhalt sich nicht gemäss [Art. 17 ATSG](#) verändert hat. Einer Beschwerde gegen diese Verfügung wird gestützt auf [Art. 97 AHVG](#) in Verbindung mit [Art. 66 IVG](#) die aufschiebende Wirkung entzogen.

## **Anspruch auf Massnahmen der Wiedereingliederung nach [Art. 8a Abs. 2 IVG](#) und Weiterlaufen der Rente**

- 1007 Wird die Rente gemäss Schlussbestimmungen aufgehoben oder herab gesetzt, so hat die versicherte Person gemäss [Art. 88<sup>bis</sup> Abs. 2 Bst. a IVV](#) ab dem ersten Tag des zweiten der Zustellung der Verfügung folgenden Monats für maximal zwei aufeinanderfolgende Jahre Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung nach [Art. 8a Abs. 2 IVG](#).
- 1008 Nimmt die versicherte Person an Massnahmen zur Wiedereingliederung gemäss [Art. 8a Abs. 2 IVG](#) teil, so wird die Rente bis zu deren Abschluss weiter ausgerichtet, längstens jedoch während der unter Rz. 1007 genannten zwei Jahre.
- 1009 Es wird diejenige Rente weiterhin ausgerichtet, auf die vor der Rentenherabsetzung oder -aufhebung Anspruch bestanden hat. Allfällige Mutationen (Ehescheidung, Heirat, Tod Ehegatten, Veränderungen bei den Kindern, welche Kinderrenten auslösen, usw.) sind zu berücksichtigen.
- 1010 Wenn im Gespräch mit der versicherten Person ersichtlich wurde, dass diese im Anschluss an die Aufhebung/ Herabsetzung der Rente an Massnahmen zur Wiedereingliederung teilnehmen will, so sollte das Verfahren der Rentenaufhebung / -herabsetzung so gestaltet werden, dass sich die Massnahmen und damit auch das Weiterlaufen der Rente nahtlos an die Aufhebung / Herabsetzung der Rente anschliessen. Die folgenden drei Entscheide sind dann gleichzeitig zu erlassen: Verfügung über die Aufhebung / Herabsetzung der Rente, Mitteilung über die Massnahmen zur Wiedereingliederung und die Verfügung über das befristete Weiterlaufen der Rente.

Die Ausgleichskasse erhält eine Mitteilung des Beschlusses über das Weiterlaufen der Rente, aus der die Befristung von längstens zwei Jahren ersichtlich ist.

Werden aufeinanderfolgende Massnahmen geplant, sollte dies so gestaltet werden, dass keine Lücken in der Weiterausrichtung der Rente entstehen.

- 1011 Für die Massnahmen der Wiedereingliederung kommen mit Ausnahme der Voraussetzung der Invalidität die Voraussetzungen für den Anspruch auf die einzelnen Massnahmen analog zur Anwendung.
- 1012 Werden die Massnahmen zur Wiedereingliederung nach den Schlussbestimmungen, Buchstabe a, Absatz 2 wegen Krankheit, Unfall oder Mutterschaft unterbrochen, so kann die Rente, unter Vorbehalt des Abbruchs der Massnahme, weiter ausgerichtet werden, aber nicht länger als gemäss Schlussbestimmungen, Buchstabe a, Absatz 3 vorgesehen.
- 1013 Ein Abbruch der Massnahmen zur Wiedereingliederung wird der versicherten Person verfügt. Die Ausgleichskasse erhält eine Kopie der Verfügung, damit die Rente rechtzeitig einstellt wird. Die Einstellung erfolgt auf den 1. des Monats, der dem Abbruch der Massnahme folgt.

### **Rahmenbedingungen**

- 1014 Durch die Aufhebung oder Herabsetzung der Rente nach den Schlussbestimmungen entsteht kein Anspruch auf eine Übergangsleistung nach [Art. 32 Abs. 1 Bst. c IVG](#), auch wenn Wiedereingliederungsmassnahmen durchgeführt werden (vgl. Schlussbestimmungen, Buchstabe a Absatz 2).
- 1015 Die Überprüfung laufender Renten gemäss den Schlussbestimmungen hat ab dem 1.1.2012 innerhalb von 3 Jahren zu erfolgen.
- 1016 Es genügt, wenn die Überprüfung innerhalb dieses Zeitraumes eingeleitet wird, dass heisst wenn die versicherte Person schriftlich von der Rentenprüfung Kenntnis erlangt hat.
- 1017 Auf seit vor dem 1.1.2012 bereits laufende Revisionen von Renten, die auf Grundlage dieser Beschwerdebilder gesprochen worden sind, finden ab 1.1.2012 die Regelungen der Schlussbestimmungen Anwendung.
- 1018 Ausgenommen von der Überprüfung gemäss Schlussbestimmungen sind Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger,

die am 1.1.2012 älter als 55 Jahre sind oder die die Rente, im Zeitpunkt, in dem die Überprüfung (analog Rz. 1016 schriftlich) eingeleitet wird, bereits seit mehr als 15 Jahren beziehen. Unterbrüche durch Taggeldleistungen oder wegen Sistierung infolge Inhaftierung werden dabei dem durchgehenden Rentenbezug gleich gestellt.